



DIE RENTEN- POLITISCHEN FORDERUNGEN DER BAYERNPARTEI



Liebe Wählerinnen und Wähler,

große Teile der Bevölkerung sind inzwischen von Altersarmut betroffen oder bedroht. Weder das derzeitige Umlageverfahren des Generationenvertrags, noch die private Rentenvorsorge reichen aus, um die finanzielle Absicherung im Alter sicherzustellen. Aufgrund der drängenden demographischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ist es daher dringend notwendig, unseren Sozialstaat neu zu gestalten.

Um unser Rentensystem ausreichend zu finanzieren und zukunftsfähig zu machen, fordern wir daher eine steuerfinanzierte Grundrente, die allen Staatsbürgern auch im Alter ein Leben in Würde ermöglicht. Die Lebensleistung der Menschen – wozu auch Kindererziehungszeiten zählen – soll dem in einem verpflichtenden und einem freiwillig zu entrichtenden Teil angerechnet werden.

Bereits die Väter unserer Bayerischen Verfassung wussten, dass ein gerechtes und funktionierendes Rentensystem entscheidend für den Zusammenhalt in einer Gesellschaft ist. Die in Bayern eingenommenen Steuergelder sollen nach unserer Meinung daher den bayerischen Bürgern zugute kommen und nicht in Berliner Stadtschlössern und Flughäfen versickern.

Es grüßt Sie herzlich,

Ihr 

Florian Weber
Parteivorsitzender



ECKPUNKTE BAYERISCHER RENTENPOLITIK

Die Leitprinzipien unserer Rentenpolitik sind Subsidiarität, Bedarfsgerechtigkeit, Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit. Konkret fordert die Bayernpartei die Einführung des sogenannten „Drei-Säulen-Modells“, das sich aus **staatlicher Rente**, **Betriebsrente** und **kapitalbildender privater Rentenvorsorge** zusammensetzt:

- Jedem Bürger, der 45 Jahre lang in **Vollzeit** beschäftigt war, soll eine **Basisrente** in Höhe von 1500 Euro (zuzüglich eines jährlichen Inflationsausgleichs) zugestanden werden. Bürgern, die in **Teilzeit** beschäftigt waren, werden je nach Grad der Beschäftigung 25-75 % der Basisrente gewährt.
- Zudem wollen wir die Anreize für Arbeitgeber erhöhen, **Betriebsrentensysteme** einzurichten. Zum einen sollen Betriebe, die sich für eine solche Absicherungsart entscheiden, bezuschusst werden, zum anderen ihnen höhere Steuervorteile garantiert werden.
- Versicherte, die eine höhere Rente beanspruchen wollen, müssen sich zusätzlich **privat absichern**. Die Diskriminierung bei der Förde-



rung von selbstgenutztem oder vermietetem Wohneigentum gegenüber anderen Formen der Altersvorsorge ist zu beenden. Für Besserverdienende, die bereits heute eine höhere Altersrente haben, soll eine Besitzstandswahrung gelten.

- Wir fordern eine **nachgelagerte Besteuerung** von Leistungen zur Zukunftssicherung. Die Beiträge zur Alterssicherung sollen voll abzugsfähig sein, im Gegenzug soll die erhaltene Altersversorgung der Einkommensbesteuerung unterliegen.